

Michael Kauch

- (A) werden Legenden aufgebaut, die man so nicht stehen lassen kann.

Sie sagen, es war Joschka Fischer, der an der Spitze stand, als es darum ging, die **Steinkohlesubventionen** abzubauen. Das haben wir nicht nur in der rot-grünen Koalition nicht erlebt. Wir haben vor allen Dingen das Jahr 1997 in Erinnerung, als nämlich die schwarz-gelbe Regierung die Steinkohlesubventionen erstmals gesenkt hat. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wer auf den Barrikaden der Gewerkschaften stand und gesagt hat, dass das sozusagen der Untergang der Wirtschaft ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Es war Joschka Fischer, der auf den Gewerkschaftsveranstaltungen dagegen polemisiert hat.

Sie sind immer da, wo eine Bürgerinitiative ist, die stänkert, oder eine Gewerkschaft, die etwas blockieren will. Aber wenn hier tatsächlich ökonomisch sinnvolle Politik gemacht wird, dann sind Sie nicht dabei, insbesondere deshalb nicht, weil Sie den Emissionshandel nicht verstehen. Der Minister hat völlig recht: Ein neues Kohlekraftwerk erhöht die CO₂-Emission nicht. Man kann sich nicht einfach Technologien heraussuchen, die man nicht will. Wenn es Emissionshandel gibt, wird der Markt entscheiden, welche Technologien eingesetzt werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

- (B) **Anna Lührmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Kauch, ich bin ganz verwundert darüber, dass ausgerechnet Sie als FDP-Politiker eine der größten Subventionen im Bundeshaushalt so vehement verteidigen.

(Ulrike Flach [FDP]: Das hat er doch gar nicht getan! – Ernst Burgbacher [FDP]: Sie wollten sie erhalten!)

2 Milliarden Euro für den Absatz der deutschen Steinkohle, das ist nicht sinnvoll. Deshalb gab es zum Beispiel im Landtag Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr einen gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und Grünen für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Steinkohle. Das ist die Position, die wir als Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hier vertreten. Das ist die Position, die wir in die Koalitionsverhandlungen der rot-grünen Koalition eingebracht haben.

(Zuruf des Abg. Martin Burkert [SPD])

Zurück zu meiner Rede. Ich wollte noch auf die Steuerbefreiung für die Industrie im Bereich Energie eingehen, die für Großkonzerne immer noch 5 Milliarden Euro im Jahr ausmacht, an die Sie sich nicht heranwagen, Herr Gabriel. Damit ist ziemlich klar, dass Sie hier Schönwetterklimaschutz betreiben. Wenn Ihnen der Wind rau ins Gesicht weht, streichen Sie die Segel.

Wenn man allein diese drei Beispiele für klimaschädliche Subventionen addiert, kommt man auf 14 Milliarden Euro, die für die Verschmutzung des Klimas ausgegeben werden. Jetzt wollen Sie mit einem 600-

Millionen-Euro-Programm die Auswirkungen dieser klimaschädlichen Politik wieder reparieren. Das ist das Gegenteil von nachhaltiger Politik, und das gehört abgelehnt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Ulrich Kelber, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in der Debatte eines gelernt: Ich werde in Zukunft nicht mehr behaupten, dass die FDP den Rentnerinnen und Rentnern 18 Milliarden Euro wegnehmen will, um ihre steuerpolitischen Vorschläge zu finanzieren. Wir haben heute gelernt, dass sie 18 Milliarden Euro mehr Schulden aufnehmen möchte. Ich halte das für konsequent. 1997 – das letzte Jahr, in dem die FDP an der Bundesregierung beteiligt war – war das Jahr mit der höchsten Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und dem höchsten Eingangsteuersatz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zugleich wurden in diesem Jahr die Bildungsausgaben in Deutschland radikal gekürzt. Der Minister, der diese Kürzungen mittrug, nannte sich damals Zukunftsminister.

Man muss auch einen anderen Punkt in Erinnerung rufen: Die FDP hat einen Anteil von 75 Prozent der Mineralölsteuer mitbeschlossen. Dementsprechend passt das, was ich am Anfang sagte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meierhofer zulassen?

Ulrich Kelber (SPD):

Gerne.

Horst Meierhofer (FDP):

Frau Präsidentin! Herr Kelber, nur noch einmal zur Klarstellung: Wir als FDP gehen davon aus, dass durch technologischen Fortschritt der Benzinverbrauch in den nächsten Jahren sinken wird. Wenn Sie diese Feststellung teilen, behalten Sie das bitte im Hinterkopf bei Ihrer Antwort auf die folgende Frage: Wollen Sie, wenn der Benzinverbrauch sinkt, dann als nächsten Schritt die Renten der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland kürzen, weil diese ja zum Teil über die Ökosteuern erwirtschaftet werden?

(Beifall bei der FDP)

Ulrich Kelber (SPD):

Jetzt verstehe ich das FDP-Konzept noch besser: Sie wollen im nächsten Jahr 18 Milliarden Euro neue Schul-

Ulrich Kelber

- (A) den und dann aufgrund technischer Verbesserungen diese zusätzliche Neuverschuldung etwas senken, also zum Beispiel auf 17,5 oder 17 Milliarden Euro. Das war eine wichtige zusätzliche Korrektur Ihres Programms. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Ich höre der Kollegin Lührmann immer gerne zu, aber rhetorisches Geschick ersetzt keine Fakten.

(Uwe Barth [FDP]: Das merken wir auch gerade!)

Nehmen wir einmal Ihr Beispiel mit den 400 Millionen Euro. Ich würde Sie darum bitten, nächstes Mal, bevor Sie reden, die Drucksachen des Haushaltsausschusses zu lesen. In der Drucksache 16(8)4473 werden die gesamten Bewilligungen aus diesem Programm benannt. Hier findet sich auch das **Marktanreizprogramm**. Die Gelder für das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich, das ja noch aus rot-grünen Zeiten stammt, wurden ja deutlich aufgestockt. Ende August war das Geld jedoch, wenn man die oben genannten 400 Millionen Euro außen vor lässt, aufgrund der hohen Zahl bewilligter Anträge ausgeschöpft. Das heißt, das ganze restliche Jahr werden die 30 000 Anträge, die sich im Augenblick im Bewilligungsverfahren befinden, aus den 400 Millionen Euro bedient. Eine Zahl aus einem großen Bericht herauszuklauben, um damit das Ganze zu diskreditieren, ist, wie ich glaube, dem Ernst der Sache nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Wir haben in der Umweltpolitik viele Aufgaben. Auf der Artenschutzkonferenz und bei anderen Gelegenheiten haben wir ja viele wichtige Themen in diesem Jahr behandelt, die nicht unmittelbar mit Energie und Klimaschutz zu tun haben. Wenn man aber mit den Menschen redet, stellt man fest, dass sie im Augenblick von der Umweltpolitik insbesondere zu zwei Themen Antworten erwarten: zum Klimaschutz und zum Umgang mit den hohen **Energiepreisen**. Manche Menschen wissen nämlich einfach nicht mehr, wie sie in diesem Jahr die Heizkosten bezahlen sollen, und noch weniger, wie sie in Zukunft damit klarkommen. Das macht ihnen verständlicherweise Angst.

Das Spannende für uns in der Politik ist doch, dass wir auf beide Herausforderungen die gleichen Antworten geben können,

(Uwe Barth [FDP]: Steuererhöhungen!)

nämlich radikal den Energieverbrauch senken und die bisherigen Energieträger durch die preisstabileren und endlos verfügbaren erneuerbaren Energien ersetzen.

Ich halte es übrigens für sehr wichtig, dass die meisten Mitglieder des Deutschen Bundestages den Menschen die Wahrheit sagen, nämlich dass wir die Preise nicht heruntersubventionieren können; weder durch Steuersenkungen noch durch Zuschüsse können wir die Mehrkosten, die den Menschen entstanden sind, kompensieren. Es gibt zwar Ausnahmen für Einzelne – ich nenne hier die Erhöhung des Wohngeldes –, aber die

- große Masse der Geldmittel muss dazu verwendet werden, den Unternehmen und den Privathaushalten zu helfen, die Energiekosten radikal zu reduzieren. Das kann nur geschehen, indem auch der Verbrauch radikal reduziert wird. (C)

Wir haben dabei mit mehreren Herausforderungen zu kämpfen: Erstens müssen wir die Unternehmen durch ordnungsrechtliche Maßnahmen verpflichten, energieeffizientere Geräte anzubieten. Ich würde mir wünschen, dass die Europäische Union im Rahmen der Ökodesignrichtlinie mehr von dem umsetzen würde, was der Deutsche Bundestag schon beschlossen hat. Ich nenne beispielhaft die **Top-Runner-Systematik**, nämlich dass immer die besten Geräte den Standard definieren

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und alle anderen Geräte diesen Standard innerhalb der nächsten fünf Jahre entweder auch erreichen müssen oder sonst nicht mehr eingesetzt werden dürfen.

Ich bin übrigens immer wieder erstaunt, wie die Beamten des Wirtschaftsministeriums in Brüssel in Verhandlungen genau das Gegenteil von dem einbringen, was wir hier einhellig im Deutschen Bundestag beschlossen haben. So habe ich Anrufe aus Den Haag oder Paris bekommen, wo ich gefragt wurde: Was ist eigentlich mit euren deutschen Unterhändlern los? Die sprechen sich gegen die Top-Runner-Systematik aus, obwohl ihr sie doch gerade im Parlament beschlossen habt.

- Ich glaube, dass wir auch einige nationale Instrumente zusätzlich zum Top-Runner-Programm einsetzen müssen. Ich bin dafür, dass wir 10 Prozent der besten Geräte den **Blauen Engel** verleihen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf sofort wissen, ob es noch ein besseres Gerät geben könnte oder ob das eigene Gerät bereits effizient ist und durch seinen Verbrauch sparsam mit ihrem Geld umgeht. Das könnten wir auf nationaler Ebene zusätzlich machen. (D)

Wir müssen den Menschen helfen, die nicht genügend Geld haben, um in energieeffiziente Geräte und in die Hausdämmung zu investieren, die also nicht über diese Investitionshürde kommen, um danach preiswerter zu leben. An diesem Punkt brauchen wir die öffentlichen Fördermittel. Das kann der Markt nicht allein leisten. Hier müssen wir uns auch über neue Instrumente unterhalten, um diesen Menschen zu helfen, zum Beispiel den etwas teureren Kühlschrank zu kaufen, der aber jedes Jahr 50 Euro weniger an Stromkosten verursacht. Dies könnte zum Beispiel über Mikrokredite oder Mini-Contracting erfolgen.

Es erscheint immer das Reizwort der **Sozialtarife**. Ich bin auch kein Anhänger von Sozialtarifen. Ich glaube, dass sie eine erneute Subvention sind. Ich bin aber ein Anhänger davon, die Energietarife in Deutschland endlich vom Kopf auf die Füße zu stellen. In diesem Land ist es – pro Kilowattstunde – billiger, mehr Energie zu verbrauchen. Ich bin daher dafür, die Energieanbieter darauf zu verpflichten, dass es billiger wird, weniger Energie zu verbrauchen, dass die Kilowattstunde also mit zunehmendem Verbrauch teurer wird. Das ist eine

Ulrich Kelber

- (A) Herausforderung, der sich die Politik im Rahmen der Daseinsvorsorge stellen sollte, nämlich die Energieanbieter dazu zu verpflichten. Wir sind dafür da, Gesetze und Verordnungen zu machen, die so etwas erzwingen, wenn es vonseiten der Energieanbieter nicht freiwillig passiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich habe in der letzten Woche eine Pressemitteilung herausgegeben, die „Atomsekte die 523.“ hieß. Ich müsste heute eine herausgeben, die „Atomsekte die 524.“ hieße. Es ist traurig, dass der Gag kurz vor der bayerischen Landtagswahl, der den Menschen erzählt, man müsste nur die **Atomkraft** länger laufen lassen, dann würden sie 40 Milliarden Euro mehr in der Tasche haben, in der öffentlichen Wahrnehmung so schnell verpufft.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Die Expertinnen und Experten, die Verbraucherzentrale Bundesverband, der Sachverständigenrat der Bundesregierung und andere haben sich mit diesem Vorschlag beschäftigt. Als man bei RWE sagte, man wisse nicht, wie die CDU/CSU auf 40 Milliarden Euro komme, das sei völlig aus der Luft gegriffen, hat man sehr schnell bei RWE angerufen. Einen Tag später hat dann ein anderer Sprecher von RWE gesagt, man ziehe diese Äußerung zurück. Ich kann mir vorstellen, welche politische Intervention aus dem Kanzleramt vorher erfolgt ist. Man muss aber die Zahlen benennen. Sie bieten den Menschen einen Fonds an, der im Jahr 2029 vollständig gefüllt ist. Das ist natürlich eine Antwort auf die hohen Energiepreise des Jahres 2008. Sie bieten eine Entlastung an, zu der der Experte der Verbraucherzentrale Bundesverband sagt, jedem Haushalt eine Energiesparleuchte zu geben, würde mehr Entlastung bringen als der Vorschlag der CDU/CSU.

Das Letzte, was ich wirklich nicht verstehen kann, ist das Folgende: Diesen vier Energiemonopolisten, die mit 16 Milliarden Euro Gewinn jedem Bundesbürger 200 Euro aus der Tasche ziehen und die sich an keine Vereinbarung halten, sagen Sie, Sie wollen die 40 Milliarden Euro nicht per Gesetz nehmen, Sie wollen mit ihnen freiwillige Vereinbarungen schließen und das Gespräch suchen. Glauben Sie, dass irgendein Mensch – abgesehen von den 110-prozentig überzeugten Atomenergieanhängern – glaubt, dass es in der Geschichte der Bundesregierung jemals zu diesem Fonds kommen wird? Das ist nichts anderes als eine Verlängerung der Monopole, die den Menschen längst das Geld aus der Tasche ziehen. Diese Politik muss beendet werden. Wir sind auf einem guten Weg. Das läuft aus, dabei wird es bleiben.

(Beifall bei der SPD – Uwe Barth [FDP]: Den letzten Satz habe ich nicht gehört! Wir finden es auch gut, wenn die SPD diese Politik endlich beendet!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Ulrike Flach hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Ulrike Flach (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kelber, das Kuscheln hat offensichtlich ein schnelles Ende gefunden. Man ist immer wieder erstaunt darüber, wie weit gerade die Umweltpolitikideen der beiden Fraktionen auseinandertreiben.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Nur im Sektiererbereich Atom!)

– Na ja. Eines muss man dem Minister lassen, das muss ich als Haushälterin an dieser Stelle sagen. Sie sind mit Sicherheit der Sieger dieser Haushaltsplanungen für das Jahr 2009. Sie haben es immerhin geschafft, Ihren Etat in einem einzigen Jahr um über 50 Prozent zu steigern und ihn innerhalb von drei Jahren nahezu zu verdoppeln. Frau Schavan lächelt schon ganz glücklich. Das ist eine Leistung, die wir uns für den Bereich Bildung und Forschung gewünscht hätten.

(Beifall bei der FDP)

Allerdings basiert dieser Haushalt auf einer Luftbuchung, genauer gesagt auf der Buchung von verschmutzter Luft. Er basiert nämlich auf den prognostizierten Einnahmen von 460 Millionen Euro aus den **Emissionszertifikaten**.

Ich sage an dieser Stelle sehr klar: Die FDP war die einzige Partei, die ungefähr zehn Jahre lang für den Emissionshandel gekämpft hat. Das heißt, wir stehen diesem Instrument natürlich ausgesprochen positiv gegenüber. Aber wir sind definitiv der Meinung, dass die Mittel, die dadurch hereinkommen, völlig anders verwendet werden sollten als in der Form, die Sie uns hier vorführen.

(Beifall bei der FDP)

Entlastung ist unsere Maxime, nicht Subventionierung politischer Wunschträume. Gebt den Menschen, die unter den hohen Energiepreisen leiden, dieses Geld über eine **Senkung der Stromsteuer** zurück!

(Beifall bei der FDP)

Das ist unser Vorschlag, nun schon im zweiten Jahr. Man muss sich überlegen: Rund 6,3 Milliarden Euro an Stromsteuern nimmt der Staat jedes Jahr ein; das sind 20,50 Euro pro Megawattstunde. Das schreit nach Entlastung, nicht nach Subvention.

(Beifall bei der FDP)

Dies gilt übrigens umso mehr, auch vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir eben hatten, als wir davon ausgingen, dass wir in ein paar Jahren ungefähr das Zehnfache von der Summe, über die wir im Augenblick reden, einnehmen werden. Sie aber, Herr Gabriel, finanzieren damit Ihre Klimaschutzinitiative, 120 Millionen Euro für internationale, 340 Millionen Euro für nationale

(C)

(D)